



Kommunalpolitik in Ingolstadt

Leitlinien und Ziele der

BGI - Bürgergemeinschaft Ingolstadt

zur Kommunalwahl 2014

UNSERE VISION

Unsere Ziele sind die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Kommunalpolitik in unserer Stadt und gelebte Bürgernähe.

UNSERE MISSION

Wir treten für die Bürgerstadt ein

Wir hinterfragen!

Wir trauen uns!

Kommunalwahlen in Ingolstadt – die Bürgergemeinschaft Ingolstadt greift die Themen auf, die den Bürgern wichtig sind.

Unsere Ziele sollen uns und den Bürgern aufzeigen, wohin wir wollen. Die Leitlinien dienen uns und den Bürgern als Wegweiser zu diesen Zielen. Beides, die Ziele und die Wege dorthin, sind das Ergebnis unserer Gespräche mit den Bürgern dieser Stadt. Sie haben uns diese vorgetragen, mit uns diskutiert und somit diese Leitlinien miterarbeitet.

Entwicklung von Zielen und Leitlinien für eine Bürgerstadt

Bei den Veranstaltungen der Bürgergemeinschaft Ingolstadt (BGI) im Jahr 2012 und in den vier Ideenküchen im Frühjahr 2013 sammelte die BGI die Ideen, Vorschläge und Aufreger der Ingolstädter Bürger. Alle Diskussionen und Veranstaltungen haben gezeigt, dass die Bürger unserer Stadt manches ändern wollen und viele mit der Entwicklung der Kommunalpolitik nicht zufrieden sind. Aus all diesen Anregungen, Ideen und Vorschlägen haben wir diese Ziele und Leitlinien entwickelt.

Kommunalpolitik soll auch immer das Ergebnis von Kompromissen und Abstimmungen der Bürger untereinander sein. Die BGI wird den Bürgern zuhören und dafür sorgen, dass Entscheidungen und Abwägungen zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl transparent und nachvollziehbar sind. Die Bürgergemeinschaft Ingolstadt wird sich auch dafür einsetzen, dass Einzelinteressen nicht über das Gemeinwohl gestellt werden.

In Ingolstadt erleben wir zurzeit die Situation, dass sich die etablierten Parteien häufig über die Bürgerinteressen bewusst hinwegsetzen. Durch diese Politik wurden Chancen für Ingolstadt verspielt. Machtarrogantes Auftreten der gewählten Vertreter vermittelte dem Bürger einen Abstand zu den Politikern, der heutzutage nicht mehr akzeptiert wird. Wir bieten eine Politik von Bürgern an, die für alle Bürger Ingolstadts gemacht wird.

Wir kommunizieren offen miteinander und fördern den Dialog in unserer Stadt. Wichtig ist für uns, dass wir als Bürger jedem Bürger auf Augenhöhe gegenüberreten. Viele Ingolstädter engagieren sich in Bürgerinitiativen - z.B. Friedrichshofener Bürgerinitiative (FBI), Interessengruppe Mailinger Aue, Bürgerinitiative Schillerstraße, Interessengruppe Vorwaltnerstrasse - und machen sich in den Stadtteilen für ihre Interessen und Bedürfnisse stark. Sie interessieren sich damit auch für die Gesamtsituation in ihrer Stadt. Wir möchten diesen Wünschen und Bedürfnissen Gehör verschaffen und durch unser politisches Engagement damit die Entwicklung der Stadt voranbringen.

Wir sind eine Gemeinschaft von Bürgern aus Ingolstadt, die eines vereint: die Liebe zu ihrer Stadt und der Wille, die Zukunft mitzugestalten. Die derzeit Regierenden betrachten die Stadt als Konzern. Eine Kommune kann kein Konzern oder „Bürgerkonzern“ sein.

Wir wollen aus dem Bürgerkonzern wieder eine Bürgerstadt machen. Eine Stadt der Bürger – eine Stadt für alle Menschen, die in Ingolstadt leben.

Die Bürgergemeinschaft Ingolstadt fasst ihre Forderungen für die Kommunalpolitik ab 2014 in sechs Themenkomplexen zusammen:

1. Mehr Bürgernähe und Transparenz
2. Verkehrskonzept und ÖPNV
3. Innenstadt, Stadtplanung und Denkmalschutz
4. Soziales, Wohnen, Freizeit und Donau
5. Kultur und Kreativwirtschaft
6. Wirtschaftsförderung und Hochschulstandort Ingolstadt

1. Mehr Bürgernähe und Transparenz in Ingolstadt

Bürgernähe und Transparenz sind gelebtes Miteinander. Ingolstadt braucht mehr Transparenz und Öffentlichkeit in der Kommunalpolitik. Die tatsächliche Mitwirkung der Bürger bei relevanten Entscheidungs- und Planungsverfahren ist derzeit nicht gegeben. Dies führt dazu, dass nur nichtöffentlich über Notwendigkeiten, Vor- und Nachteile diskutiert wird und die Bevölkerung Entscheidungen nicht mitträgt (Bsp. Kongresshotel auf dem Gießereigelände). Die Bereitschaft, Änderungen vorzunehmen, ist gering.

Die Bürger werden von Verantwortlichen nicht als gleichberechtigte Diskussionspartner angesehen. Ihre Kompetenzen werden nicht genutzt.

Eine Voraussetzung dafür ist, dass die Kommune die Bürger frühzeitig über geplante Vorhaben informiert - möglichst schon dann, wenn sich die Projekte noch im Ideenstadium befinden. So lassen sich zu einem frühen Zeitpunkt bereits Bedenken und Anregungen der Bürger berücksichtigen.

Wir fordern einen **Ombudsmann** der Stadt Ingolstadt, der die Interessen der Bürger gegenüber der Verwaltung vertritt. Jeder Bürger soll sich für diese Aufgabe als Kandidat bewerben können. Er wird vom Stadtrat für die Dauer von sechs Jahren gewählt. In dieser Funktion soll er weisungsungebunden tätig sein. Er soll Anlaufstelle für alle Bürger sein und direkt im Eingangsbereich des neuen Rathauses für jeden Bürger ansprechbar sein. Seine Aufgabe ist es, die an ihn herangetragenen Ideen, Beschwerden und Vorschläge bei allen Ämtern offensiv im Interesse der Bürgerschaft zu vertreten. Er ist also mehr als ein bloßer Beschwerdemanager, wie ihn die Stadt derzeit hat. Als Vorbild dafür soll das Züricher Modell gelten, das älteste kommunalpolitische Ombudsmann-Modell in Europa.

Wir fordern die Durchführung von anonymen Bürgerbefragungen bei wichtigen Themen für unsere Stadt. Ein wichtiges Thema liegt immer dann vor, wenn ein Bürgerantrag eingereicht wird.

Wir fordern die Erarbeitung eines Leitfadens zur Bürgerbeteiligung analog der vom Planungs- und Baureferat der Stadt Regensburg erarbeiteten Leitlinie „Leitfaden zur Durchführung von Bürgerinformationsveranstaltungen und Bürgerbeteiligungsverfahren“.

Wir fordern die Neuausrichtung der Bezirksausschüsse (BZA), da diese als Spiegelbild des Stadtrates für parteipolitische Auseinandersetzungen missbraucht werden. Die Beteiligung der Bürger ist zu fördern und deren Meinung ernst zu nehmen. Diese Neuausrichtung kann sich an dem seit 1932 funktionierenden Modell der Bürger- und Vorstadtvereine in Nürnberg, in denen sich Bürger der Stadtteile ehrenamtlich engagieren, orientieren.

Wir fordern die Wahl eines Stadtbezirksbeauftragten aus der Mitte des Stadtrates für jeden Stadtbezirk. Dieser hält die Kontakte zum Bürgerverein und ist im Stadtrat dafür verantwortlich, dass die an ihn herangetragenen Themen aus seinem Stadtbezirk behandelt werden.

Wir fordern, ab 2014 die Sitzungen des Stadtrates und aller Ausschüsse und Beiräte über Livestream direkt ohne Zeitverzögerung im Internet zu übertragen.

Wir fordern einmal jährlich eine Bürgerversammlung für die gesamte Stadt.

2. Verkehr und ÖPNV

Unsere Stadt braucht ein vernünftiges und brauchbares Verkehrskonzept. Sicherlich ist Ingolstadt eine Autostadt – daran gibt es keinen Zweifel. Die Frage aber ist, ob das Auto damit auch die Stadt beherrschen darf. Ingolstadt lebt einerseits von der Automobilindustrie und erstickt andererseits im Autoverkehr.

Im Westen der Stadt existiert kein funktionierendes Ringstraßensystem. Daher ist es dringend erforderlich, **alle Alternativen** zur Verkehrsminimierung, insbesondere auf den sehr belasteten Hauptverkehrsstraßen, auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Bis eine geeignete Lösung gefunden und entwickelt wurde, ist in jedem Fall eine geeignete Trasse für eine vierte Querung der Donau im Westen der Stadt frei zu halten. Dies muss ein vorrangiges Ziel der städtischen Verkehrsplanung sein. Diese Trasse könnte auch der Verlegung der Bundesstraße 13 aus dem Stadtgebiet dienen.

Fußgänger und Fahrradfahrer sind im gesamten Stadtgebiet als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen. Das Konzept für einen Radverkehrsplan ist zu erneuern, um Ingolstadt fahrradfreundlicher zu gestalten.

Wir fordern, dass schnellstmöglich Maßnahmen ergriffen werden, die täglichen Verkehrsstaus zu vermeiden.

Wir fordern die sofortige Aktualisierung des Lärminderungsplans für Ingolstadt und die Schaffung geeigneter Lärmschutzvorrichtungen, dort wo es erforderlich ist.

Wir fordern den weiteren Ausbau der Fahrradwege und auch ihre Instandsetzung, die Schaffung ausreichender Fahrrad-, Roller- und Motorradabstellflächen im gesamten Stadtgebiet genauso wie die Schaffung von gefahrlosen Möglichkeiten zur Querung von Straßen durch Brücken und Unterführungen.

Wir fordern, dass schnellstmöglich ein **Mobilitäts- und Verkehrskonzept 2025** für das gesamte Stadtgebiet erstellt wird und dieses auch den ruhenden Verkehr einbezieht.

Wir fordern, dass sich die Stadt im Rahmen des Mobilitäts- und Verkehrskonzeptes mit Audi und renommierten Wissenschaftlern zusammensetzt, um in einem von der Stadt gesteuerten Prozess Verkehr in Ingolstadt neu zu denken.

Wir fordern die Einrichtung eines generellen Nachtfahrverbotes für LKWs in reinen Wohngebieten.

Ingolstadt braucht ein attraktives ÖPNV-Konzept im Verbund mit dem Umland

Der ÖPNV in Ingolstadt muss grundlegend neu konzipiert werden.

Die Bedeutung eines funktionierenden ÖPNV wird immer weiter wachsen.

Das bedeutet: Ingolstadt muss in ein gutes öffentliches Verkehrsnetz investieren. Neben der erforderlichen Ergänzung unseres Straßennetzes muss zukunftsweisend in den ÖPNV investiert werden. Ein funktionierendes Liniennetz, attraktive Taktungen und bezahlbare Fahrpreise entlasten uns alle und steigern die Lebensqualität!

Die entstehende Verbindung im Schienennetz der Deutschen Bahn zwischen dem Werk der AUDI AG, dem Nordbahnhof und dem Hauptbahnhof ist um eine weitere vierte Station am südlichen Stadtrand Ingolstadts (Aubürger Straße) zu ergänzen. Diese Schienenverbindung kann in Absprache mit dem Landkreis Pfaffenhofen um eine weitere Station am Bahnhof Baar-Ebenhausen erweitert werden. Auf dieser Strecke kann ein Schnellbahn-Pendelverkehr in kurzen Taktungen eingesetzt werden.

Wir fordern, die Staustufe für den Busverkehr und Fahrradverkehr zu erschließen, so dass eine schnelle Verbindung vom Süden in den Norden möglich ist.

Wir fordern, ein neues INVG-Streckennetz bis zum 1. August 2014 zu entwickeln.

Wir fordern, dass der gesamte ÖPNV in Ingolstadt in einem Pilotversuch ab dem 1. August 2014 bis zum 31. Juli 2015 von allen Fahrgästen kostenlos genutzt werden kann, um die Akzeptanz für den Nahverkehr in unserer Stadt zu erhöhen. Nach dem einjährigen Versuch ist zu prüfen, ob das Angebot beibehalten werden kann, oder ob einheitliche, auf jeden Fall aber deutlich niedrigere Tarife als bisher, angeboten werden sollen.

Wir fordern, die Bemühungen der Stadt um den Aufbau eines Verkehrsverbundes mit den Umlandkreisen und den Umlandgemeinden zu verstärken.

Wir fordern, dass Ingolstadt in ein modernes und intelligentes öffentliches Verkehrsnetz investiert.

3. Innenstadt, Stadtplanung und Denkmalschutz

Nachhaltige Bemühungen, das Sterben in der Innenstadt aufzuhalten

Die Attraktivität von Innenstädten ist stark geprägt von historischer Bausubstanz. Sie sorgt für den Charme und das Flair, das die Menschen von nah und fern anzieht. Unsere historische Altstadt ist das Herz unserer Stadt. Sie ist ein Abbild unserer Geschichte und ein Ort der Identifikation, des pulsierenden Lebens und sie erzeugt Heimatverbundenheit.

Zu einer funktionierenden Innenstadt gehören ein vielseitiger Einzelhandel, attraktive Gastronomie und Kultur.

Der Unmut der Bevölkerung über die fast schon tote Innenstadt wächst stetig.

Wir fordern neue, vielseitige und kreative Veranstaltungskonzepte, die Nutzung des Rathausplatzes muss intensiver stattfinden, der Christkindlmarkt soll in die Stadt und mit verschiedenen kleinen Weihnachtsmärkten ergänzt werden.

Wir fordern, keinen weiteren großflächigen Einzelhandel im gesamten Stadtgebiet zu genehmigen. Ingolstadt hat zu viel Einzelhandel auf der grünen Wiese.

Wir fordern die Erstellung einer Bedarfsanalyse bevor weitere Hotels genehmigt und errichtet werden.

Wir fordern, dass der neue Stadtrat sofort die Generalsanierung der Fußgängerzone vom Münster bis zum Paradeplatz beschließt und noch im Jahr 2014 damit begonnen wird.

Wir fordern ein aktives Leerstands-Management durch die Stadt u.a. durch die Einrichtung eines Arbeitskreises mit Immobilieneigentümern und Händlern in der Innenstadt.

Wir fordern die Ausweitung der Fußgängerzone bis vor die Goldknopfgasse. An allen Einfahrten zur Fußgängerzone sind versenkbare Pfosten anzubringen.

Wir fordern die Erweiterung der Fußgängerzone um die westliche Theresienstraße und den Schliffelmarkt sowie die Moritzstraße. Damit gibt es ein Verbot jeglichen Verkehrs zwischen Rathausplatz und Schulstraße. Auch Busse und Taxis werden aus der Fußgängerzone komplett verbannt.

Wir fordern die Verlagerung des Christkindlmarktes in die Fußgängerzone und auf den Paradeplatz. Auch der Schlossinnenhof muss für den Christkindlmarkt wiederentdeckt werden. Dieser Markt muss kinder- und familienfreundlich sein.

Stadtplanung und Denkmalschutz, die unserer Stadt und ihrer Geschichte gerecht werden

Bevor einfach abgerissen wird, sollte geprüft werden, ob die Stadt Gebäude aufkauft oder aber in Abstimmung mit dem Eigentümer einer sinnvollen Nutzung zuführt. Wichtige Gebäude dieser Stadt sollen nicht länger dem Verfall preisgegeben oder einfach abgerissen werden.

Wir fordern gemeinsam mit dem Eigentümer des Körnermagazins, eine für das Denkmal akzeptable Lösung zu finden.

Die Bebauung des Gießereigeländes mit einem Hotel- und Kongresszentrum ist unserer Meinung nach falsch.

Wir fordern, alle Planungen für den Bau des Hotel- und Kongresszentrums auf dem Gießereigelände sofort zu stoppen. Insbesondere jetzt, nach der Insolvenz des beteiligten Projektentwicklers für das Hotel, ist es an der Zeit, den Bürgerwillen festzustellen.

Der Bau des Kongresszentrums soll alles in allem 37,8 Millionen Euro kosten, finanziert von der städtischen Tochter IFG. Der Betrieb dieses Kongresszentrums wird schätzungsweise ein jährliches Defizit von mind. 600.000 Euro verursachen. Die BGI will, dass Bauvorhaben einer solchen Größenordnung vorher intensiv auf ihre Machbarkeit und Sinnhaftigkeit geprüft werden.

Wir fordern die Durchführung einer anonymen Bürgerbefragung zur geplanten Bebauung des Gießereigeländes.

Wir fordern, dass das geplante Hochhaus am Glacis neben dem Nordbahnhof nicht umgesetzt wird.

Wir fordern, das Hallenbad Mitte an der Jahnstraße nach der Eröffnung des Sportbades umzubauen und als Veranstaltungsort neu zu nutzen. Insbesondere soll das Stadttheater während der Sanierung des Theaterbaus dieses Gebäude nutzen.

Wir fordern, dass Industriedenkmäler der Stadt erhalten bleiben und einer sinnvollen Nutzung zum Gemeinwohl der Stadt und ihrer Bürger zugeführt werden.

Wir fordern die sofortige Abschaffung des Gestaltungsbeirates. Inwieweit als Ersatz ein beratendes Gremium aus Ingolstädter Bürgern und Experten an diese Stelle treten soll, ist zu prüfen.

4. Soziales, Wohnen, Freizeit und Donau

Eine soziale Stadt, die hilft, unterstützt und fördert

Die Jugend fühlt sich in unserer Stadt nicht ernstgenommen, sondern vernachlässigt.

Die Integration in unserer Stadt funktioniert nicht so vorbildlich, wie es immer dargestellt wird: Die Stadtteiltreffs sind zu schwach besetzt. Den Ehrenamtlichen in den Stadtteiltreffs ist mehr zu helfen und sie sind zu unterstützen.

Behinderte müssen in Ingolstadt mehr Gehör finden. Unsere Stadt ist noch weit von einer behindertengerechten Stadt entfernt.

Wir fordern ein Kinder- und Jugendparlament für die Stadt, das regelmäßig tagt und dessen Ergebnisse im Stadtrat Gehör finden und möglichst umgesetzt werden. Dieses Parlament soll einen Sprecher wählen, der permanent im Stadtrat anwesend sein kann.

Wir fordern den deutlichen Ausbau von vergünstigten Leistungen in Freizeiteinrichtungen, Museen und bei Kulturveranstaltungen für Jugendliche, Senioren und Arbeitslose.

Wir fordern, dass der Behindertenbeauftragte der Stadt Ingolstadt einen Umsetzungsplan „Ingolstadt barrierefrei“ entwirft und die darin enthaltenen Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden. Nach der Umsetzung soll die Stadt einen Stadtplan „Ingolstadt barrierefrei“ herausgeben.

Wir fordern ein Konzept „Ingolstadt miteinander!“, also einen Integrationsplan für unsere Stadt, der alle Bürger unserer Stadt zur aktiven Integrationsarbeit motiviert.

Eine vorausschauende Gestaltung von Konzepten zum Abbau der Wohnungsnot

Unsere Stadt wird aller Voraussicht nach auch in den nächsten zehn Jahren weiterwachsen. Wenn aber bereits die hohen Grundstückspreise, die die Stadt selbst verlangt, eine wirtschaftlich vernünftige Bebauung kaum noch möglich machen, muss sich dies wieder ändern.

Ebenso sind für die Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit diese Grundstücke erwerben kann und auch ihre Kapazitäten ausbauen kann.

Wir fordern, den Wohnungsbau in Ingolstadt durch geeignete Maßnahmen, wie zum Beispiel die Ausweisung neuer Wohngebiete, weiter zu forcieren.

Wir fordern, der Gemeinnützigen Wohnungsbau-Gesellschaft weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen und die Kapazitäten dieser Gesellschaft auszubauen.

Wir fordern die Überprüfung der Belegung der Sozialwohnungen, insbesondere ob noch ein Anspruch auf die Wohnung besteht.

Wir fordern unter dem Gesichtspunkt des demografischen Wandels den Bau von zusätzlichen Alten- und Pflegeheimen sowie den Bau generationsgerechter Wohnmodelle, wie z. B. „Betreutes Wohnen daheim“ (Beispiel der Wohnungsgenossenschaft Süd-West, München).

Lebenswerte Freizeitbedingungen und Ferienangebote für alle Generationen

Kurzfristig realisierbare Konzeptideen zum „Donau-Park“ und zum Naherholungsgebiet Baggersee müssen schnellstmöglich umgesetzt werden.

Die Museen-Landschaft in Ingolstadt ist grundlegend zu überplanen. Hier wurden in den letzten Jahrzehnten viele Fehlentscheidungen getroffen. Gerade aus diesem Grund ist das Buchdruckmuseum im Georgianum so wichtig.

Wir fordern die Museen-Landschaft in Ingolstadt zu erneuern, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen und damit mehr Besucher für die Museen zu interessieren (Beispiel: Einführung kostenloser Öffnung an Sonntagen).

Eine echte Integration der Donau in unsere Stadt

Gastronomie an der Donau ist ein unverzichtbarer Teil lebendiger Freizeitgestaltung.

Wir fordern, dass endlich Projekte in Angriff genommen werden, wie sie in jeder anderen Stadt am Fluss bereits seit Jahren existieren. Dazu gehört auch die Verkehrsplanung an der Donau.

Wir fordern, dass die Donauerreichbarkeit in die Verkehrsplanung eingebunden wird. Eine Untertunnelung der Schlosslände ab der Konrad-Adenauer-Brücke würde der Donau viele Möglichkeiten geben und wäre einer der sinnvollsten und attraktivsten Schritte zur Integration des Flusses in die Stadt

5. Förderung und Ausbau unserer Kultur- und Kreativwirtschaft

Es ist Aufgabe der Stadt, auch neue Wirtschaftszweige wie die Kultur- und Kreativwirtschaft verstärkt zu fördern.

Wir fordern eine klare und transparente Förderrichtlinie für die gezielte Förderung von Kultur- und Kreativwirtschaft.

Wir fordern die Kulturschaffenden in unserer Stadt, Vereine und Verbände sowie die Bürger auf, einen Kulturrat Ingolstadt ins Leben zu rufen, der politisch unabhängig sein muss.

Wir fordern die Trennung zwischen Kultur- und Schulreferat. Bildung ist zu wichtig, um hier „mitverwaltet“ zu werden.

Wir fordern daher die Einrichtung eines Schul-, Sport und Jugendreferates, das ab sofort vom 2. Bürgermeister der Stadt geleitet wird.

Wir fordern Räumlichkeiten, die den Kunstschaffenden in Ingolstadt zu günstigen Preisen angeboten werden.

Wir fordern, ein Buchdruckmuseum im Georgianum einzurichten und auf ein Biermuseum und eine Gastwirtschaft dort gänzlich zu verzichten.

6. Wirtschaftsförderung und Hochschulen

Eine vorausschauende, weitsichtige und vielschichtige Wirtschaftsförderung und eine ehrliche und transparente Information über die Schulden unserer Stadt

Der Automobilhersteller Audi und die Zulieferindustrie erwirtschaften weit mehr als die Hälfte der gesamten sog. Bruttowertschöpfung. Und auch mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze hängen direkt an der Automobilproduktion.

Dadurch hat die Stadt aber auch eine sehr einseitige Monostruktur. Trotzdem lenkt das Kommunalunternehmen IFG Ingolstadt AöR, die hochverschuldete hundertprozentige städtische Immobilientochter, ca. 75 % aller Investitionen in die Automobilwirtschaft.

Die IFG hat derzeit ca. 419 Mio. € Verbindlichkeiten. Insgesamt beläuft sich das Kreditvolumen der Stadt Ingolstadt derzeit auf ca. 900 Mio. €. Das bedeutet eine Pro-

Kopf-Verschuldung von knapp 7.000 € pro Einwohner. Diese Wahrheit wird in Ingolstadt verschwiegen und stattdessen jongliert die Stadt mit dem Begriff der sogenannten „rentierlichen Schulden“.

Statt Kleinunternehmen aus der Veranstaltungsbranche zu unterstützen, hat die Stadtspitze diesen Unternehmern im letzten Jahr durch eine überflüssige Neuregelung der Plakatierungsvorschriften in der Stadt die Existenzgrundlage entzogen.

Wir fordern, dass die Stadt ihre Bürger über den tatsächlichen Schuldenstand des „Bürgerkonzerns“ informiert und endlich die Karten auf den Tisch legt.

Wir fordern, dass die Stadt ihre Anstrengungen zur Förderung der nicht produzierenden Wirtschaftszweige enorm verstärkt. Damit die Stadt die Chance hat, das Risiko der vorhandenen Monostruktur zu minimieren.

Wir fordern, dass die Themen Wirtschaft und Finanzen in einem Referat zusammengefasst werden, das von einem Wirtschaftsreferenten geführt wird. Dieser Wirtschaftsreferent der Stadt Ingolstadt muss gleichzeitig Vorstand der IFG sein.

Wir fordern, das Liegenschaftswesen vom Wirtschaftsreferat zu trennen und in das Planungs- und Baureferat einzugliedern.

Wir fordern, die als „geheime Kommandosache“ durchgeboxte Plakatierungsregelung wieder abzuschaffen.

Die Weiterentwicklung der Technischen Hochschule Ingolstadt

Die Stadt Ingolstadt kann sich glücklich schätzen, dass nun eine Technische Hochschule auf ihrem Territorium liegt. Somit wird es auch in Zukunft viele junge Menschen geben, die zum Studium in unsere Stadt ziehen und diese kennenlernen.

Wir fordern, dass mit der TH Ingolstadt ein Entwicklungsplan „Hochschule 2050“ erarbeitet wird und darin alle städteplanerischen Aspekte gemeinsam erarbeitet und festgehalten werden.

Wir fordern, dass Wohnen für Studenten in unserer Stadt wieder erschwinglich wird.

Weg vom Bürgerkonzern hin zu Bürgerstadt

Diese Forderung fasst alle Punkte zusammen, die wir in den vielen Punkten zuvor erwähnen. Denn am Ende geht in einer Stadt nur dann alles gut, wenn die Verantwortlichen in dieser Stadt auf ihre Bürger hören und ihre Wünsche und Anregungen berücksichtigen und umsetzen. Wir wollen, dass die Bürger ihre Stadt wieder lieben und sich mit ihr identifizieren.

Die anerkennenswerten Bemühungen der Verwaltungsmitarbeiter sind sinnvoll in politische Arbeit umzusetzen. Wir erwarten von einer politischen Führung unserer Stadt die gebotene Wertschätzung für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung und für die Mitarbeiter in den städtischen Unternehmen.

Wenn eine Stadt ihr Handeln und Tun aber auf die Erzielung einer möglichst hohen Rendite ausrichtet, verliert sie ganz schnell ihre Bürger aus dem Blick. Und genau das ist uns in Ingolstadt in den letzten zwölf Jahren passiert.

Wir fordern, die Interessen der Bürger in den Mittelpunkt zu stellen und das bloße Schielen nach den Renditen zu beenden!



Ingolstadt – eine Bürgerstadt im Jahre 2030

- ④ **Wo soll Ingolstadt in 15 Jahren stehen?**
- ④ **Wie schaffen wir es, dass auch dann die Bürger in dieser Stadt gerne hier leben und stolz auf ihre Stadt sind?**
- ④ **Welche Anforderungen der Bürger dieser Stadt können wir erwarten?**

Das sind die Fragen, die sich verantwortungsvolle Kommunalpolitiker heute stellen müssen.